

BERLIN – INTERN

DER INFOBRIEF

Landesgruppe Brandenburg
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder:

Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Nr. 39 / 2019 (02. Oktober 2019)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Vorsitzenden
2. Jahresbericht Deutsche Einheit
3. Der Nutri-Score® - Orientierung am Ladenregal
4. Neuregelungen im Oktober 2019
5. Der Arbeitsmarkt im September 2019

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

anlässlich des Falls der Berliner Mauer im Jahr 1989 feiert ganz Deutschland unseren Nationalfeiertag. In diesem Jahr steht der Tag der Deutschen Einheit ganz unter dem Motto „Mut verbindet“. Mutige Menschen bringen unsere Gesellschaft voran. Mutige Menschen sorgen für ihren Zusammenhalt. Mutige Menschen haben es geschafft, dass vor 30 Jahren die Mauer fiel.

Die diesjährigen zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit finden am 2. und 3. Oktober 2019 in Schleswig-Holstein, in Kiel statt, traditionell im Vorsitzland des Bundesrates.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen angenehmen Feiertag.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Jahresbericht Deutsche Einheit

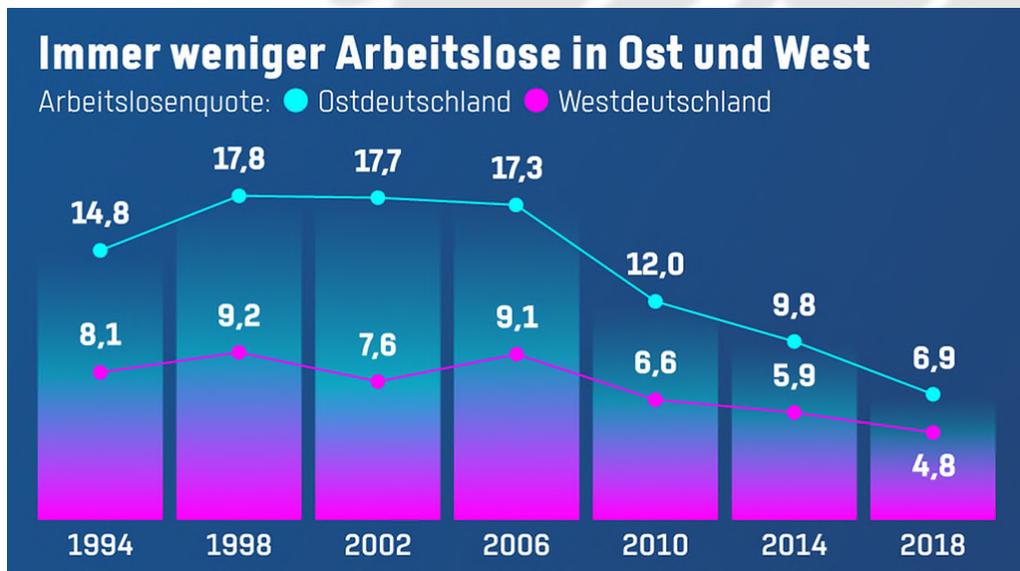
Seit der Friedlichen Revolution vor 30 Jahren und der Wiedervereinigung hat sich Ostdeutschland wirtschaftlich enorm entwickelt. Das geht aus dem "Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit" hervor.

Die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands ist von 43 Prozent im Jahr 1990 auf 75 Prozent des westdeutschen Niveaus im Jahr 2018 gestiegen. Im vergangenen Jahr ist das Bruttoinlandsprodukt im Osten mit 1,6 Prozent wieder stärker gestiegen als im Westen mit 1,4 Prozent.

Davon profitieren auch die Menschen. Löhne, Gehälter und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erreichen inzwischen etwa 85 Prozent des westdeutschen Niveaus. Der Abstand ist noch geringer, wenn die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden.

Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv

Die Arbeitslosenquote lag im August 2019 bei 6,5 Prozent. Im Jahr 2005 waren das noch 18,7 Prozent. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 6,9 Prozent, in Westdeutschland bei 4,8 Prozent.



Diese Annäherung zeigt sich auch beim Blick auf die Differenz zwischen der ost- und westdeutschen Arbeitslosenquote. Betrug diese zu Beginn der 2000er-Jahre noch mehr als zehn Prozentpunkte, lag die Differenz 2018 nur noch bei 2,1 Prozentpunkten.

Handlungsfelder für das Zusammenwachsen

Für den Bericht ließ die Bundesregierung eine Umfrage erstellen. Danach fühlen sich 57 Prozent der Menschen im Osten als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Die Wiedervereinigung halten nur 38 Prozent für gelungen. Bei den unter 40-Jährigen – also denjenigen, die die DDR nur als Kinder oder gar nicht mehr kannten – sind das sogar nur 20 Prozent. Besonders gravierend: Fast die Hälfte ist mit der Funktionsweise der Demokratie unzufrieden.

Für die Bundesregierung zeigt die Stimmungslage im Osten: Der Prozess der Einheit stellt ganz Deutschland vor große Herausforderungen. Der Kabinettausschuss "Neue Länder", der im Anschluss an das Bundeskabinett tagte, beschloss deshalb zwölf Handlungsfelder. Sie reichen vom gemeinsamen Gedenken an Mauerfall und Deutsche Einheit, über die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bis zur Integration von Zugewanderten.

Die Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" hat ihre Arbeit bereits aufgenommen.

Bundesbehörden ziehen in den Osten

Immer mehr Bundesbehörden ziehen in den Osten Deutschlands: Das Fernstraßen-Bundesamt, das Deutsche Zentrum für Schienenverkehrsforschung, die Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüsseltechnologie sowie das Kompetenzzentrum Wald und Holz siedeln sich in Ostdeutschland an. Ein großes Weiterbildungszentrum baut die Bundespolizei in Ostsachsen. In Leipzig wird ein weiterer Strafsenat des Bundesgerichtshofes gebildet.

3. Der Nutri-Score® - Orientierung am Ladenregal

Welche Fertigprodukte eine gesunde Wahl sind - das sollen Verbraucherinnen und Verbraucher auf den ersten Blick sehen können. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Bundesernährungsministerin Julia Klöckner das Nährwertkennzeichen Nutri-Score® vorgestellt.

Was sagt das neue Nährwertkennzeichen aus?

Der Nutri-Score® gibt einen Anhaltspunkt dafür, wie die tägliche Lebensmittelauswahl sein sollte. Je besser der Nutri-Score® (A), desto mehr kann das Lebensmittel zur täglichen Nahrung beitragen. Lebensmittel mit einem ungünstigen Nutri-Score® (E) sollten nur in Maßen verzehrt werden. Der Nutri-Score® eines Lebensmittels wird ermittelt, indem Kalorienzahl sowie ernährungspsychologisch günstige und ungünstige Nährstoffe miteinander verrechnet werden.

Das Kennzeichen sagt aber nichts darüber aus, ob ein Lebensmittel gesund ist oder nicht. Generell dürfen nur gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel in den Verkehr gebracht werden.

Wie geht es nun weiter?

Das neue Kennzeichen wird die Bundesregierung zur freiwilligen Nutzung auf der Vorderseite der Lebensmittelverpackungen empfehlen. Es ergänzt damit die EU-weit verpflichtende Nährwerttabelle, die meist auf der Rückseite von Verpackungen steht. Im nächsten Schritt wird Bundesernährungsministerin Julia Klöckner einen entsprechenden Verordnungs-Entwurf erarbeiten, der anschließend dem Bundeskabinett und dem Bundesrat vorgelegt wird. Ebenso muss er von der EU notifiziert werden.

Wann wird es in Deutschland die ersten Produkte mit diesem Kennzeichen geben?

Wenn alle Beteiligten ambitioniert den Prozess vorantreiben, könnten 2020 die ersten Produkte in den Ladenregalen erhältlich sein.

Warum ist diese erweiterte Nährwertkennzeichnung notwendig?

47 Prozent der Frauen, 62 Prozent der Männer und 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig. Eine klare Nährwertkennzeichnung, die auf den ersten Blick verständlich ist, fehlt in Deutschland bislang. Die Bundesregierung will mit der neuen Kennzeichnung mehr Transparenz über die Nährwerte von einzelnen Lebensmitteln schaffen - und damit zu einem bewussteren Einkauf anregen.

Zu viel Zucker, Fette, gesättigte Fettsäuren und zu viel Salz sind zwar nicht die einzigen, aber wichtige Gründe für die Entstehung von Krankheiten wie Übergewicht oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft will sich Klöckner für ein einheitliches Kennzeichen innerhalb der Europäischen Union einsetzen.

Welche Modelle wurden außer Nutri-Score® noch vorgeschlagen?

Der von den Verbraucherinnen und Verbrauchern in einer repräsentativen Befragung ausgewählte Nutri-Score® hat sich gegen drei andere Kennzeichnungsmöglichkeiten durchgesetzt. Alle Modelle basieren auf wissenschaftlicher Basis und wurden von Klöckner gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen, dem Spitzenverband der Lebensmittelwirtschaft und der Verbraucherzentrale Bundesverband vorgeschlagen.

Was tut die Bundesregierung außerdem?

Die Bundesernährungsministerin setzt auf ein Gesamtpaket, das neben dem neuen Kennzeichen auch Elemente wie Ernährungsbildung und verbessertes Schulesen enthält. Ende 2018 hat die

Bundesregierung zudem eine nationale Reduktions- und Innovationsstrategie beschlossen, die für weniger Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten sorgt. Die Lebensmittelwirtschaft hat bereits an ersten produkt- und branchenbezogenen Prozess- und Zielvereinbarungen gearbeitet. Bis zum Jahr 2025 sollen die folgenden Ziele erreicht werden:

- mindestens 20 Prozent weniger Zucker in Frühstückscerealien für Kinder
- mindestens 15 Prozent weniger Zucker in Erfrischungsgetränken
- sowie etwa zehn Prozent weniger Zucker in Kinderjoghurts

Des Weiteren gibt es eine Vereinbarung mit dem Bäckerhandwerk zur Reduktion von Salzspitzen im Brot und eine Selbstverpflichtung, Salz in Fertigpizzen zu reduzieren.

4. Neuregelungen im Oktober 2019

Autos online anmelden

Ab 1. Oktober sollen Fahrzeughalter die Möglichkeit haben, Autos und Motorräder bequem von zu Hause aus an-, um-, und abzumelden. Dazu ist ein Personalausweis mit Onlinefunktion, PIN und Kartenlesegerät oder ein Smartphone mit AusweisApp 2 zur drahtlosen Übertragung der Daten vonnöten. Derart ausgestattet, können die Fahrzeugdaten in eine Online-Maske eingetragen werden. Die Zulassung wird dann wenige Tage später per Post zugestellt. Das Verfahren ist allerdings nur für Fahrzeuge möglich, welche erstmals nach dem 1. Januar 2015 zugelassen wurden.

Niedrigere Grenzwerte für Blei in Spielzeug

Kinder werden besser vor giftigen Schwermetallen geschützt: Für die Freisetzung von Blei aus Spielzeug hat die EU ab dem 01. Oktober 2019 deutlich strengere Grenzwerte festgesetzt. So darf in lackiertem Plastik nur noch maximal 23 Milligramm Blei pro Kilogramm enthalten sein – aktuell sind es noch 160 Milligramm.

Heckenschnitt wieder erlaubt

Wer in seinem Garten Hand anlegen möchte und dazu Hecken, Sträucher und Bäume radikal beschneiden will, darf dies ab 1. Oktober wieder tun. Vom 1. März bis 30. September ist dies laut Bundesnaturschutzgesetz verboten, zulässig sind in diesem Zeitraum nur "schonende Form- und Pflegeschnitte". Die gesetzliche Regelung soll den Lebensraum von Vögeln und anderen Tieren schützen.

Neues System zur Qualitätsprüfung in Pflegeheimen

Ein neues Qualitätsprüfsystem soll ab Oktober den bisherigen Pflege-TÜV, der die Qualität der 13.000 stationären, bundesweiten Pflegeheime bewertet, ablösen. Mit einem neuen Verfahren wird dann gemessen und dargestellt, wie es um die Qualität in der vollstationären Altenpflege bestellt ist. Die bisherigen Pflegenoten galten als unbrauchbar, weil sie die tatsächliche Situation in den Heimen beschönigten und sich Missstände kaum erkennen ließen.

Künftig muss nun jedes Heim zweimal im Jahr Indikatoren veröffentlichen, die über die Versorgung Aufschluss geben. Darüber hinaus werden einmal jährlich durch den Medizinischen Dienst der Krankenkasse Qualitätskontrollen vor Ort durchgeführt.

Ebay sichert Verkäufer besser ab

Zum neuen Monat will das Online-Auktionshaus Ebay besser Verkäufer schützen. Wird etwa bei einer Rücksendung das Produkt beschädigt oder wurde es vom Käufer bereits benutzt, bietet die Plattform künftig die Möglichkeit an, bis zu 50 Prozent der Rückerstattungskosten abzuziehen. Dies soll einen etwaigen Wertverlust für gewerbliche Verkäufer reduzieren.

Zeitumstellung steht an

Eigentlich von der EU schon so gut wie abgeschafft muss aber auch wieder in diesem Herbst an der Uhr gedreht werden. Genauer: In der Nacht von Samstag, den 26. Oktober auf Sonntag, den 27. Oktober wird die Uhr um eine Stunde zurückgestellt - es wird also eine Stunde Zeit gewonnen - allerdings wird es nach der Umstellung abends auch eine Stunde früher dunkel.

5. Der Arbeitsmarkt im September 2019

Die konjunkturelle Schwächephase zeigt sich am Arbeitsmarkt auch im September. Alles in allem ist der Arbeitsmarkt aber weiterhin in einer robusten Verfassung. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben im September abgenommen. Das Beschäftigungswachstum hält an, verliert aber an Schwung, und die Nachfrage der Unternehmen nach neuen Mitarbeitern ging auf hohem Niveau wiederholt zurück

Arbeitslosenzahl im September: -85.000 auf 2.234.000

Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich: -22.000

Arbeitslosenquote gegenüber Vormonat: -0,2 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent



Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Erwerbslosigkeit

Mit der üblichen Herbstbelegung ist die Arbeitslosigkeit von August auf September um 85.000 auf 2.234.000 gesunken und die Arbeitslosenquote ging um 0,2 Prozentpunkte auf 4,9 Prozent zurück. Bereinigt um die saisonalen Einflüsse wird für den September ein Minus von 10.000 Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat errechnet. Dieser Rückgang ist allein auf die Entwicklung im Bereich der Grundsicherung zurückzuführen. In der konjunkturnäheren Arbeitslosenversicherung gab es erneut saisonbereinigte Zunahmen. Gegenüber dem Vorjahr waren insgesamt 22.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet und die Arbeitslosenquote hat sich um 0,1 Prozentpunkte verringert. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosenquote belief sich im Juli auf 3,2 Prozent.

Die Unterbeschäftigung, die auch Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik und kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit berücksichtigt, ist saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat ebenfalls leicht um 4.000 gesunken. Insgesamt belief sich die Unterbeschäftigung im September 2019 auf 3.152.000 Personen. Das waren 19.000 weniger als vor einem Jahr.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind weiter gestiegen, allerdings nicht mehr so stark wie im vergangenen Jahr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept) im August saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 10.000 erhöht. Mit 45,30 Millionen Personen fiel sie im Vergleich zum Vorjahr um 333.000 höher aus. Treiber hierfür war der Zuwachs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr um 510.000 gestiegen. Insgesamt waren im Juli nach hochgerechneten Angaben der BA 33,35 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Saisonbereinigt ergibt sich von Juni auf Juli ein Anstieg von 46.000.

Arbeitskräftenachfrage

Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern bewegt sich auf hohem Niveau, gibt aber weiter nach. Im September waren 787.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 47.000 weniger als vor einem Jahr. Saisonbereinigt hat sich der Bestand der bei der BA gemeldeten Arbeitsstellen um 9.000 Stellen verringert. Der Stellenindex der BA (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland – sank im September 2019 um 3 Punkte auf 238 Punkte. Er liegt damit 19 Punkte unter dem Vorjahreswert.

Geldleistungen

731.000 Personen erhielten im September 2019 Arbeitslosengeld, 64.000 mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) lag im September bei 3.839.000. Gegenüber September 2018 war dies ein Rückgang von 219.000 Personen. 7,0 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter waren damit hilfebedürftig.

Redaktion : Thorsten Mattick, Landesgruppenreferent